Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

# Posener Zeitung.

№ 135. Donnerstag den 14. Juni. 1849.

Berlin, den 13. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Ober-Post-Direktor Rehfeld in Köln den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Kustos an der hiesigen Bibliothek und Bibliothekar der Allgemeinen Kriegsschule, Dr. Friedländer, so wie dem praktischen Arzte Dr. Rödenbeck zu Drebkau, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl ist nach der Rhein-Provinz abgereist. — Se. Excellenz der General-Lieutenant und kommandirende General des 3ten Armee-Corps, von Weyrach, ist von Teplitz hier angekommen.

## Deutschland.

CC Berlin, den 11. Juni. Die Nachricht, welche alle Blätter durchläuft, daß Rudolph von Auerswald, der bisherige Oberpräsident von Preußen in zurücksetzender Weise einen unbestimmten Urlaub erhalten und durch Hrn. Flottwell ersetzt worden sei, ist in so fern, wie wir mit Bestimmtheit hören, völlig falsch, als Hr. v. Auerswald, am Podagra leidend, einen mehrwöchentlichen Urlaub zu einer Badekur in Carlsbad genommen hat, und auf sein ausdrückliches Verlangen, welches aus seinem lebhaften Interesse für seine vaterländische Provinz sich erklärt, ist Hr. Flotwell mit seiner intermistischen Vertretung beauftragt worden. Von einer Zurücksetzung, zu welcher auch nicht der leiseste Anlaß gegeben war, ist daher auch keine Rede.

— Aus Baiern ertönte vor Kurzem die Posaune, daß 10,000 Oesterreicher in Vorarlberg als Hülfstruppen zur Wiedereroberung der Pfalz zur Disposition ständen und nächstens ausmarschiren würden. Jetzt ergiebt sich, daß in Vorarlberg überhaupt nur 600 Mann Oesterreicher stehen, und zwar Truppen, welche als unzuverlässig aus Italien zurückgezogen werden mußten. Die Oesterreicher können zur Zeit noch kein Bataillon aus Italien missen und Preußen allein ist es, welches die Macht und den Willen hat, in Deutschland Ordnung zu schaffen. Letzteres wird namentlich in Bezug auf Oesterreich in diesem Augenblicke vielfach in Zweifel gezogen. — Man spricht von demokratischen Emissären, welche von Berlin aus nach Sachsen und nach Süddeutschland ziehen, um gegen den neuen Verfassungs-Entwurf, „weil derselbe nicht freisinnig genug sei" zu agitiren. Die Mittel für diese Missionen sollen nicht demokratischen Ursprungs sein und diesmal auch positiv nicht aus Frankreich herrühren. — Es scheint, daß Oesterreich das Interesse hat, die Verwickelungen in Deutschland so lange hinzuhalten, bis es selbst wieder zu Kräften gelangt ist, in der Hoffnung, dann wieder die Hegemonie in Deutschland mit größerem Rechte erstreben und den deutschen Michel wieder in sein Schlepptau nehmen zu können. Große Thätigkeit scheint auch entwickelt zu werden, um Oesterreichische Organe in der Presse zu gewinnen. Wir glauben daher, daß auch die Volkshalle in Cöln, welche uns oft an die Zeiten des dreißigjährigen Krieges erinnert, und die, wenn es auf sie allein ankäme, zu diesen Verwirrungen auch noch einen Religionskrieg anfachen möchte, nicht die Meinung der Mehrzahl der besonnenen Katholiken in der Rheinprovinz vertritt.

— Nach einem gestern hier verbreiteten Gerüchte sei auf außerordentlichem Wege die Nachricht eingegangen, daß Rom ohne großes Blutvergießen durch die franz. Waffen genommen worden sei; ferner, daß Frankreich sich mit Preußen in Betreff der nothwendigen Pacificirung Süddeutschlands vollkommen einverstanden erklärt habe. Eben so wollte man wissen, daß in Baden Brentano mit seinem Anhange gestürzt worden, und an der Spitze der prov. Regierung jetzt Struve und Heinzen stehen.

Berlin, den 11. Juni. Ueber die zwischen Rußland und Oesterreich angeblich zu St. Petersburg und Warschau geschlossenen Traktate und Abkommen sind mannigfache Gerüchte im Umlauf. Von gut unterrichteter Seite geht uns die Nachricht zu, daß nach Unterwerfung der Ungarn die Russischen Truppen die Oesterreichischen Provinzen alsbald verlassen und nur den Theil von Galizien besetzt halten sollen, der in Folge der Traktate an Rußland abgetreten werde. Man bezeichnet die künftige Grenzlinie als nördlich von Kostnice angehend, beim Einfluß der Raba in die Weichsel, nach Pilsno, Rzeszow, zwischen Dubiecko und Przemisl über den San setzend, auf Dubromil längs des Gebirges zu den Westquellen des Dniester, so daß alles östliche und nördliche Land von Lemberg und die Bukowina abgetreten würden. Die Kosten des Feldzuges trägt Rußland; auch wird von einer Entschädigungssumme gesprochen. (Nat.-Ztg.)

— Die beiden Kanonen, welche in der Schlacht gegen die Seikhs, an welcher bekanntlich der verstorbene Prinz Adalbert von Preußen bei seinem Aufenthalt in Indien Theil nahm, durch die Engländer erobert und durch die Königin Victoria dem Prinzen Adalbert zum Geschenk gemacht wurden, sind in diesen Tagen hier angekommen und vorläufig im Zeughause zum Auspacken abgeliefert. Die Arbeit soll von außerordentlicher Schönheit und Festigkeit sein, wie denn z. B. die Laffetten aus Mahagony-Holz bestehen. Dem Vernehmen nach werden die Kanonen auf dem Pariser Platz am Brandenburger Thor ihre Aufstellung erhalten.

— Der Amerikanische Gesandte Oberst Donelson hat vorgestern seine Abschiedsaudienz beim Könige gehabt und wurde bei der Gelegenheit zur Tafel gezogen. Er verläßt übermorgen Berlin und geht vorläufig nach Brüssel, dort wartend, bis die jetzigen traurigen Verhältnisse Deutschlands sich besser gestaltet haben werden und sich eine befestigte Centralgewalt darbietet, an deren Sitz er seine Mission antreten kann. (C. B.)

— Der heutige „Preuß. Staatsanz." enthält die Denkschrift zu den von den Königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen, und Hannover vorgelegten Entwurf der Verfassung des Deutschen Reichs.

— Der Prinz von Preußen ist gestern Abend zur Uebernahme des Ober-Kommando's nach dem Rheine abgegangen. Er wird heute in Köln und morgen in Kreuznach sein. Die Preußischen Truppen werden bekanntlich am 13ten in die Pfalz einrücken.

Berlin, den 12. Juni. In der verflossenen Woche fanden auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatz bei Tegel vor der Prüfungs-Commission mit einem 3pfünd. Kanonenrohr aus Gußstahl höchst bemerkenswerthe Versuche statt. Es ist damit gezeigt worden, wie dieses Material alle bekannten an Festigkeit und Zähigkeit übertrifft, und für die Industrie immer wichtiger werden muß. Während gußeiserne Geschütze selten größere als kugelschwere Ladungen auszuhalten im Stande sind, während metallene bei stärkeren Ladungen und starkem Gebrauch sehr schnell ihren Seelen-Durchmesser vergrößern und dadurch unbrauchbar werden, hat der gußstählerne Dreipfünder die äußersten Proben ausgehalten; der Versuch wurde mit einfacher ($1\frac{1}{4}$ Pfd. Pulver) Ladung begonnen und nach und nach mit den Kugeln so weit gestiegen, daß das Rohr vollständig damit gefüllt war (15 Stück). Darnach verdoppelte man die Pulver-Ladung und erst bei der achtfachen Ladung (10 Pfd. Pulver) und 5 Kugeln war es möglich, das Rohr zu sprengen. Es war hierbei also der 50 Zoll lange Lauf vier Fünftheile mit Pulver und ein Fünftheil mit Kugeln gefüllt. Es ist dieser Dreipfünder aus der Gußstahl-Fabrik von Friedrich Krupp, bei Essen a. Ruhr, hervorgegangen, und dem Fabrikanten zu wünschen, daß seine Bemühungen, etwas so Ausgezeichnetes zu leisten, nicht unbelohnt bleiben.

— Die von dem Gen. v. Wrangel gestellte letzte Frist zur Auslieferung von Waffen hat im Ganzen nicht das gehoffte Ergebniß gehabt, denn es fehlen immer noch gegen 1000 Gewehre und etwa 400 Seitengewehre, von denen freilich viele nach außerhalb verschleppt sein mögen. Auch mehrere, bei dem Zeughaussturm im vorigen Jahre geraubte, seltene Waffenstücke fehlen noch. Die abgegebenen Waffen sind größtentheils so verrostet, daß sie gar nicht mehr zu brauchen sind. Bekanntlich verfällt Der, bei welchem jetzt noch dem Staat gehörige Waffen gefunden werden, dem Kriegsgericht.

PC. Stettin, den 11. Juni. Stettin hält seine Sieste. Die Fluthen politischer Aufregung, welche seit den Märztagen des vergangenen Jahres auch über uns hinrauschten, haben sich allmählig gelegt und neben der Politik kehren die anderen Interessen des menschlichen Lebens in ihre fast vergessenen Rechte zurück. Der Volksverein wird spärlich besucht, ungeachtet der tyrannenfeindlichen Tiraden, durch deren Komik der Bürger und Oberfeuerwerker a. D. Mantey das souveräne Volk haranguirt — die Klubs feiern und sind dem Erlöschen nahe — selbst die Bürgerwehr hat ihren Reiz verloren und kömmt nur saumselig zusammen. Dagegen, Sommertheater im Elysium — Conzerte im Schützenhause — Feuerwerk — Kunstreiter — Dampfschifffahrten auf der Oder — Ausflüge „zu Wasser und zu Lande" zu „Fuß und zu Roß". Sie würden jedoch irren, wenn Sie glaubten daß mit dieser „Tagesordnung des Vergnügens" die „gute alte Zeit" zurückgekehrt sei. Die politischen Parteien haben sich nur aus dem lauten und rauschenden Gedränge des Marktes zurückgezogen, aber sie sind weder in Indifferentismus aufgegangen, noch haben sie sich zu einer harmonischen juste milieu verflacht. Die verschiedene Auffassung der Deutschen Frage macht sich, wie früher in den Klubs, so jetzt in geselliger Runde mit ihrer ganzen Energie geltend und nur in dem einen Wunsch „Friede mit Dänemark" stimmen alle Partheien überein. Die Scheinblockade, welche Lord Palmerston gleichwohl, als zurechtbestehend anerkannt hat, trifft außer Stettin besonders die an der Küste gelegenen Städte Swinemünde, Cammin, Wollin. Durch die fast gänzliche Stockung des Handels leidet nicht allein eine Menge von Arbeitern, welche ihren Lebensunterhalt bei der Schifffahrt und dem Handelsverkehr findet, sondern die Rückwirkung dieser Verhältnisse macht sich auch den Landwirthen fühlbar, welche über Mangel an Absatz ihrer Produkte klagen. Größeren Unternehmungen auf dem Gebiet der Landwirthschaft, Meliorationen, Bauten sind daher für jetzt fast überall unterblieben. Mit lebhafter Befriedigung hat man indeß hier, aus einem — wie versichert wird — halboffiziellen Artikel der Hamburger Börsenhalle gesehen, daß Preußen unerschütterlich auf der „politischen und administrativen Selbstständigkeit Schleswig's" beharrt. Die hämischen Insinuationen der demokratischen Organe erhalten durch diese einfache Wiederlegung ihr wohlverdientes Dementie. — Mehrere Briefe, welche uns aus Vorpommern namentlich aus dem Anklamer und Ueckermünder Kreise zugegangen sind, kommen darin überein, daß der Deutsche Verfassungsentwurf der drei Regierungen, so wie die Aenderung des Preußischen Wahlgesetzes überall von der conservativen Parthei mit Freuden begrüßt sind. Namentlich ist man dadurch befriedigt, daß Preußen unbeirrt, durch irgend welche Rücksichten auf andere und selbst mächtige Staaten Deutschland's wie Oesterreich und Bayern selbständig und muthig mit dem betreffenden Entwurf vorgegangen ist, daß die Regierung nicht blos thatkräftig das Steuerruder führt, um Gefahren abzuwenden und Bestehendes zu erhalten, sondern daß es auch einen neuen selbstständigen Weg zur Erreichung einer neuen Schöpfung eingeschlagen hat. In Betreff des Wahlgesetzes ist man mit dem Princip vollständig einverstanden, wie auch damit, daß die Regierung dies jetzt eingeführt hat, nur ist man noch darüber nicht sicher, ob es auch vollständig den gewünschten Erfolg haben wird, und verhehlt es sich eben deshalb nicht, daß es auch bei den nächsten Wahlen besonderer Anstrengung der conservativen Parthei bedürfen wird. — Wir freuen uns mittheilen zu können, daß von Pommer'schen Abgeordneten kein einziger an den Verhandlungen des Stuttgarter Rumpf-Parlaments theilnimmt. Selbst der Stargardter Deputirte Gymnasial-Direktor Freese, welcher der entschiedenen Linken angehörig, wider den Welcker'schen Antrag gestimmt und Preußen des Reichsfriedensbruchs angeklagt hat, ist am 1. Juni nach Stargardt zurückgekehrt, nachdem er sein Mandat niedergelegt hat. — Die Vereine, welche bisher hierselbst zur Unterstützung der Familien hilfsbedürftiger Landwehrleute bestanden haben, sind zu einem Central-Verein zusammengetreten, um desto übereinstimmender und nachhaltiger für die Erreichung des gemeinsamen Zweckes wirken zu können. Die Mittel dieses Central-Vereins sind nicht unbedeutend, und belaufen sich auf ungefähr 2000 Rthlr. Es ist gewiß anerkennungswerth und für die politische Richtung unserer Stadt bezeichnend, daß sie auch unter den jetzigen drückenden Erwerbverhältnissen, stets ihre Hand für diejenigen offen erhält, welche dem Waffen-Rufe des Königs bereitwillig gefolgt sind. — Die Stettiner Dampfschifffahrt hat bereits wieder begonnen. Der Blockade ungeachtet geht das Russische Dampfschiff der „Wladimir" zwei Mal von hier nach St. Petersburg und das Schwedische „Swenska Lejonet" jeden Donnerstag nach Ystadt von hier ab. Ebenso gehen auf den Binnen-Coursen nach Swinemünde, Cammin, Wollin, Ueckermünde und Stepenitz wöchentlich mehrere Male Dampfschiffe. Dagegen wird die Seehandlung die Dampfschifffahrtsverbindung stromaufwärts zwischen hier und Frankfurt a. O. in diesem Jahre nicht wieder einrichten, da sie dabei im vorigen Jahre einen nicht unbedeutenden Ausfall erhalten haben soll. Indessen unterhält wenigstens zwischen den Städten: Greiffenhagen, Garz, Fiddichow und Schwedt das einem Breslauer Handlungshause gehörige Dampfschiff „Victoria" eine tägliche Communikation. — Auch bei uns sind einige Cholera-Fälle vorgekommen.

Erfurt, den 9. Juni. Die Cholera hat sich auch in unserer Stadt, sowie in Mühlhausen und in der Gegend Langensalza's eingefunden, doch aber tritt sie sehr milde auf; in drei Wochen hat sie von unserer Bevölkerung nur zwölf Opfer gefordert.

Cuxhaven, den 10. Juni. Laut Mittheilung von Schiffern soll die Dänische Corvette Valkyrie in Folge erlittener Beschädigung bei der Attaque am 4. d., nach Kopenhagen zur Reparatur abgegangen sein. (Auch ein Bericht aus Helgoland meldet, daß viele Kugeln in die Valkyrie eingeschlagen.)

Stade, den 8. Juni. Die Versammlung gesetzlicher Vertreter und Deputirten der Gemeinden und Corporationen des Landdrostei-Kreises Stade, zu welcher von Seiten einiger Mitglieder von Gemeinde-Vorständen unter dem 26. Mai eine öffentliche Einladung ergangen war, hat am gestrigen Tage auf dem hiesigen Rathhause stattgehabt. Sie war von Deputationen einer bedeutenden Anzahl von Gemeinden beschickt.

Die wesentlichsten gefaßten Beschlüsse sind folgende: 1) Die Versammlung spreche aus, daß die ungesäumte Berufung der allgemeinen Stände als dringend nöthig erachtet werde. 2) Es sei bei der Reichsverfassuung vom 28. März zu beharren, — und daneben eine Protestation gegen die von Preußen, Sachsen und Hannover zu octroyirende Verfassung, wie sie jetzt vorliege, zu erlassen. 3) Von Seiten der Regierung hätten den in Frankfurt nach der ihnen gemachten Eröffnung verbleibenden Deputirten die ihnen von Seiten der allgemeinen Stände-Versammlung zugebilligten Diäten nicht einseitig entzogen werden können. 4) Es solle die Versammlung die gefaßten Beschlüsse veröffentlichen und eine Aufforderung an die übrigen Provinzen des Landes erlassen, ähnliche Beschlüsse zu fassen und eine gemeinsame Deputation zum Könige zu senden, um diesem die gemeinsamen Wünsche des Landes vorzulegen.

Diese Beschlüsse sind einstimmig gefaßt; — dagegen ein 5., eine Ansprache an die deutschen Brüder zu erlassen, in welcher diesen Kunde von dem festen Beharren an der Reichsverfassung vom 28. März gegeben werde, unter Dissens mehrerer Mitglieder der Versammlung.

Mecklenburg, den 9. Juni. Die Eröffnungen, weche das Königlich Preußische Staatsministerium unterm 28. v. M. für sich und im Auftrage der Königlichen Regierungen von Sachsen und Hannover in Betreff der deutschen Verfassungsfrage hierher hat ergehen lassen, sind von dem unterzeichneten Ministerium in sorgfältige Berathung gezogen worden, und beehrt sich dasselbe, darauf zu erwiedern, daß es auf die gestellten Propositionen einzugehen beabsichtigt. Die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung ist zwar

von hier aus anerkannt worden, jedoch nur in dem Sinne, daß das Wirksamwerden derselben überhaupt, mithin auch für Mecklenburg von einer der Verfassung entsprechenden Bildung des Reichsverbandes und von der Lösung der Oberhauptsfrage abhängig bleiben müsse. Diese Voraussetzung ist nun nicht allein nicht eingetreten, sondern der Gang der Ereignisse ist auch ein solcher gewesen, daß jede Aussicht auf das Zustandekommen einer Reichsverfassung unter Mitwirkung der Frankfurter National-Versammlung verschwunden ist. Unter diesen Umständen trägt das unterzeichnete Ministerium kein Bedenken, sich den Bestrebungen der Königlichen Regierungen anzuschließen. Der mitgetheilte Entwurf zu einer Verfassung des deutschen Reichs entspricht im Wesentlichen den an einen solchen zu stellenden Anforderungen. Das Großherzogliche Ministerium erklärt sich aber damit einverstanden, daß derselbe der demnächst zu berufenden Volksvertretung vorgelegt werde. Auch wegen des Beitritts zu dem in der Note vom 28. v. M. beregten Bündnisse und zu der Errichtung eines provisorischen Schiedsgerichts, so wie wegen der Anordnung der Wahlen nach dem mitvorgelegten Wahlgesetze hat das Großherzogliche Ministerium seinerseits keine Einwendungen zu erheben. Dasselbe glaubt sich aber für jetzt auf diese allgemeine Erklärung beschränken zu müssen, weil der jetzt hier versammelten Abgeordnetenkammer nur erst im Allgemeinen Mittheilungen über die jetzige Sachlage haben gemacht werden können, und weitere Verhandlungen mit derselben noch bevorstehen.

Schwerin, den 7. Juni 1849.

Großherzoglich Mecklenburgisches Geheimes Staats-Ministerium.

v. Lützow.

An das Königl. Preuß. hochlöbliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin.

**Frankfurt** a. M. den 8. Juni. Die Minorität der Reichs-Versammlung, von welcher viele Mitglieder hier noch weilen, hält wöchentlich mehrere Zusammenkünfte unter dem Vorsitze ihres letzten Präsidenten. Das Sarasin'sche und das Wayd'sche Haus, welche von der verfassunggebenden Reichsversammlung gemiethet waren, wurde ersteres bis auf einige und letzteres bis auf ein Zimmer geräumt, da deren Miethe mit diesem Monat zu Ende geht. Die Summe, welche das Rumpf-Parlament mit nach Stuttgart nahm, war klein, denn es befanden sich nur noch circa 3800 fl. in der Kasse.

— Es sind uns Nachrichten aus der **Rheinpfalz** zugekommen, welche leider von den dortigen Zuständen ein trauriges Bild entwerfen. Der Mangel an Waffen und Schießbedarf ist es hauptsächlich, was eine sehr gedrückte Stimmung im Lande hervorruft und Viele, welche die Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes vorauszusehen glauben, zurückhält, sich an der Bewegung zu betheiligen. Die Geistlichen verwenden ebenfalls allen ihren Einfluß auf den Bauernstand, um eine Renitenz gegen die provisorische Regierung hervorzurufen, die überdies mit der Organisation genug zu schaffen hat. — Das Lyceum in Speyer ist geschlossen, da die meisten Professoren ihres Amtes entsetzt wurden. Die dortige Besatzung ist schwach und konnte einem Ueberfalle nicht widerstehen. Die Kommunikation des Landes mit den Festungen Landau und Germersheim ist vielfach erschwert. Erstere Stadt wird keinem Omnibus, Fracht- oder sonstigen Wagen geöffnet, keine Zeitung wird eingelassen, so daß die reichsverfassungsfreundliche Bürgerschaft ohne alle Nachricht von den Hauptstädten und dem platten Lande bleibt. Der Zustand wird natürlich auf die Dauer unerträglich, Zerwürfnisse können nicht ausbleiben; die Arbeit, der Erwerb liegen total nieder, die einzige Rettung ist entweder in einem Unterliegen, oder in dem zweifelhaften siegreichen Fortschreiten der Bewegung zu suchen.

**Frankfurt** a. M., den 9. Juni. Mit morgen beginnen die Operationen gegen Baden. Die bisherige Besatzung von Frankfurt rückt am 10. und 11. nach Süden aus. Sie wird durch die Division des Generals v. Schack, welche von Wetzlar kommt, sofort ersetzt. Die schon in den Odenwald vorgeschobenen Truppen rücken gleichzeitig weiter vor. Von Erfurt aus marschirt zur Unterstützung ein Korps unter Befehl des Generals v. Holleben an, dessen Hauptmasse heute bei Fulda steht. Dasselbe wird, wenn es nöthig, den Spessart besetzen.

— Es verlautet, die Bevollmächtigten der achtundzwanzig, die Reichsverfassung anerkennenden, Regierungen hätten gegen den neuesten Beschluß der Nationalversammlung in Stuttgart (Einsezzung einer Regentschaft) **Protest** eingelegt.

— Heute Abend war das Gerücht einer **Niederlage der Reichstruppen** bei einem in der Bergstraße stattgehabten Kampfe hier allgemein verbreitet; ja, es verlautete, daß die Reichstruppen bis Bensheim zurückgedrängt worden seien. Die Hessischen Chevauxlegers, von den Sensenmännern angegriffen, sollen große Verluste erlitten haben, eben so seien die Baiern (?) hart mitgenommen worden. — Premierlieutenant v. **Griesheim**, vom 35. Preußischen Regiment, widerspricht in einer, in Frankfurter Blättern veröffentlichten Erklärung der jüngst von der Karlsruher Zeitung mitgetheilten Nachricht, daß vom 35. Preußischen Infanterieregiment mehrere Trupps mit Waffen und Gepäck übergangen seien.

— Die **Deutsche Zeitung** meldet: „Die Veranstalter der Versammlung von Parlamentsgliedern der vormaligen Weidenbusch-Partei für den 26. Juni haben von Herrn Becker von Gotha die Mittheilung erhalten, daß die Eingeladenen des freundlichsten Empfanges daselbst, der Einräumung der nöthigen Lokalitäten und jeder sonstigen Unterstützung gewiß sein könnten. Diese Antwort giebt Herr Becker, nachdem er sich auch mit dem Herzoglichen Staatsministerium in unmittelbare Beziehung gesetzt hat, und zugleich im Namen des Leiters dieses Ministeriums, des Herrn von Stein."

**Stuttgart**, den 6. Juni. Hier läuft die Sage, daß sich Mannheim an Peucker ergeben, und Heidelberg bis heute früh Bedenkzeit zur Uebergabe erhalten habe. Bestätigt sich dieses Gerücht, so dürfte der badische Aufstand baldigst beschwichtigt sein. In Kornwestheim, bei Ludwigsburg, wurde das badische Landesausschußmitglied Steinmetz verhaftet. Heute früh wurde bei unserm Militair das Standrecht verkündigt, eine Maßregel, die allgemein gebilligt wird, da der Unfug und die Unordnung bei einem gewissen Theil der Truppen alle Grenzen überschritten hatten.

**Stuttgart**, den 8. Juni. Die Proklamation, welche die Mitglieder der von 95 Abgeordneten gewählten neuen deutschen Reichsregentschaft an das deutsche Volk erlassen haben, und welche heute Nacht nach allen Richtungen ausgegangen ist, lautet:

„**An das deutsche Volk!** Die bisherige provisorische Centralgewalt hat sich, im Widerspruch mit den ihr nach dem Gesetze vom 28. Juni v. J. obliegenden Pflichten, beharrlich geweigert, die Reichs-Verfassung durchzuführen, und alle dahin zielenden Beschlüsse der deutschen National-Versammlung unbeachtet gelassen. Sie hat es, trotz mehrfacher Mahnung, verabsäumt, die Erhebung der deutschen Volksstämme zu Gunsten der Reichsverfassung zu unterstützen und den Regierungen entgegen zu treten, die sich anmaßten, mit offenem Friedensbruche dem deutschen Volke eine Verfassung und ein Wahlgesetz aufzuzwingen. Die verfassunggebende deutsche Reichs-Versammlung hat aus diesen Gründen in ihrer Sitzung vom 6. Juni d. J. beschlossen: „Die bisherige Centralgewalt ihres Amtes zu entheben, und eine Regentschaft für Deutschland einzusetzen, die in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffen, die vollziehende Gewalt zu üben hat." Wir, die Unterzeichneten, sind von den Vertretern der deutschen Nation zur Regentschaft für Deutschland ernannt worden. Es sind uns die Pflichten und Befugnisse der bisherigen Centralgewalt, die Durchführung der Reichsverfassung und die Vollziehung der Beschlüsse der National-Versammlung übertragen worden. Für unsere Handlungen sind wir der National-Versammlung verantwortlich. Deutsche! wir haben dem Rufe eurer gesetzlichen Vertreter Folge geleistet im festen Vertrauen auf unsere gerechte Sache. Die Zustände unseres Vaterlandes erheischen rasches Handeln. Es gilt das Heiligste, die Freiheit und Ehre des deutschen Volkes zu retten vor maßlosen Uebergriffen der rohen Gewalt. Wir werden alle unsere Kräfte aufbieten, den Bürgerkrieg abzuwenden und auf friedlichem Wege die deutsche Einheit und Freiheit zu erreichen; wir werden aber, wenn es zur Erreichung dieses Zieles nöthig ist, der Gewalt Gewalt entgegenstellen. Hunderttausende aus allen Theilen des Vaterlandes haben feierlich gelobt, Gut und Blut für die Reichsverfassung einzusetzen; wir werden sie auffordern, in jenem Falle ihr Manneswort zu lösen. An Euch, deutsche Krieger, noch ein besonderes Wort! Das Gesetz giebt uns die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht Deutschlands; es überläßt uns die Ernennung der Oberbefehlshaber. Ihr, deutsche Krieger, werdet dem Gesetze gehorchen, dessen bewaffneter Arm ihr seid. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Volkswehr und des stehenden Heeres, weß Grades Ihr sein mögt, Ihr werdet Alle wetteifern in pünktlichem Erfüllen der Befehle, die wir und die von uns ernannten Befehlshaber Euch zukommen lassen. Ihr werdet des Wahlspruchs jedes Kriegers eingedenk sein: Treue dem Gesetz, Gehorsam seinen Vollstreckern! Nachdem mit dem heutigen Tage der Befehl über die Reichstruppen, welche bisher der provisorischen Centralgewalt verpflichtet waren, in unsere Hände übergegangen, wird jeder fernere Gehorsam gegen Befehle der bisherigen provisorischen Centralgewalt als Treubruch gegen das Gesetz und die deutsche Nation geahndet werden. Deutsche! In verhängnißvollem Augenblicke wenden wir uns an Euch. Noch ist es Zeit, durch unsere eigene Kraft des Vaterlandes Größe, Einheit und Freiheit zu retten, ihm Achtung zu verschaffen nach Außen und Frieden im Innern! Noch ist es Zeit, unter den Bürgschaften der deutschen Reichs-Verfassung eine auf Freiheit gegründete Ordnung der Dinge wieder herzustellen. Ruhe und Frieden, die unerläßliche Bedingung des Erblühens von Handel und Gewerbe, werden nicht eher zurückkehren, bis der unvermeidliche Kampf zwischen dem Absolutismus und der Freiheit zu Gunsten der Freiheit beendet ist. Steht Alle zu uns mit Eurer vollen Willens- und Thatkraft! Der gerechten Sache ist der Sieg gewiß. Stuttgart, den 7. Juni 1849. Die Mitglieder der deutschen Reichs-Regentschaft: Franz Raveaux, Carl Vogt, Heinrich Simon, Friedrich Schüler, August Becher.

In Antwort hierauf ist folgende Gegenerklärung erschienen: Das würtembergische Gesammtministerium an das würtembergische Volk. Die bisherige deutsche National-Versammlung in Frankfurt hat in Folge Beschlusses vom 30. Mai d. J. ihren Wohnsitz nach Stuttgart verlegt. Zurückgeführt auf den sechsten Theil ihres vollen Bestandes, und fast ausschließlich nur noch eine einzige der im Volke enthaltenen Parteien darstellend, hat die übergesiedelte Versammlung in ihrer ersten Sitzung in wenigen Stunden, ohne Debatte, die wichtigsten Beschlüsse gefaßt, unter andern den Beschluß, die seitherige Centralgewalt in Frankfurt ab- und eine aus fünf Mitgliedern bestehende Regentschaft einzusetzen. Diese selbst aber beginnt ihre Wirksamkeit damit, sich den Befehl über die Heere aller Deutschen Staaten zuzuerkennen, und läßt, während sie versichert, alles aufbieten zu wollen, den Bürgerkrieg abzuwenden, bei keinem, der die Verhältnisse kennt, einen Zweifel übrig, daß ihr Beginnen nur dazu führen kann, das Gut und Blut Württembergs in einem brudermörderischen und gegenüber den größeren Deutschen Staaten ganz ungleichen Kampfe zu vergeuden, und durch die Geldopfer, welche die in Stuttgart neu gewählte Reichsregentschaft zunächst nur von unserm Staate fordern könnte, unsern ohnehin schon tiefgesunkenen Wohlstand vollends zu zerrütten. Wir haben, alle Zweifel an dem rechtmäßigen Fortbestand der Nationalversammlung unerörtert lassend, in ihr nur den einer besseren Zukunft noch fähigen Rest jener politischen Schöpfung sehen wollen, an welche die deutsche Nation ihre schönsten Hoffnungen, ihr wohlberechtigtes Streben nach Einigung und Selbstbestimmung geknüpft hat; nicht verhehlen aber können wir uns, welche gewichtige Bedenken sich der behaupteten Befugniß der Versammlung entgegenstellen, die durch das Reichsgesetz vom 28. Juni 1848 bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland eingesetzte Centralgewalt mit einer andern zu vertauschen, und außer allem Zweifel endlich ist es uns, daß wir dieser neuen Regentschaft nicht die Schicksale Würltembergs preisgeben dürfen. Wir erklären daher, daß wir der aufgestellten provisorischen Regentschaft das Recht nicht zugestehen, ohne Zustimmung der Württembergischen Regierung für Württemberg gültige Beschlüsse zu fassen, namentlich nicht das Recht über Württembergische Streit- und Geldkräfte zu verfügen, und wir vertrauen zu dem im Württembergischen Heere und in der Bürgerwehr lebenden Geiste der Ehre und des Pflichtgefühls. Das Heer wird sich nicht verführen lassen, es wird das schmähliche Beispiel des Treubruchs nicht nachahmen. Das Heer und die Bürgerwehr, sie werden ihrer Verpflichtung eingedenk sein, die Verfassung zu beschützen, dem Gesetze Achtung zu verschaffen und die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Der Deutschen Reichsverfassung, und Allem, was das Deutsche Volk von ihr hofft, auf gesetzlichem Wege durch ausführbare Mittel Geltung zu verschaffen, wird unser vereintes Streben bleiben. Stuttgart, den 8. Juni 1849. Die Departements-Vorstände: Römer, Roser, Duvernoy, Schmidlin, Rüpplin, Goppelt.

**Mainz**, den 8. Juni. Gestern hatten wir das ergötzliche Schauspiel einer Versammlung der hier in Dienst stehenden Mägde. Unsere städtische Behörde beschloß vor einigen Tagen, von jeder hier dienenden Magd jährlich zwei Gulden zu erheben, und solcher dafür im Falle ihrer Erkrankung im hiesigen städtischen Krankenhause Heilung und Pflege zu gewähren. Diese gewiß nicht unbillige Forderung veranlaßte jedoch, daß sämmtliche Dienstmädchen, ungefähr 500 an der Zahl, vom Assoziationsrechtg Gebrauch machten und im „Frankfurter Hofe" sich versammelten, eine Präsidentin wählten, und die Tribüne bestiegen, um die von der städtischen Behörde getroffene Verfügung zu bekämpfen. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, sich jener Krankensteuer durchaus zu widersetzen und nichts dazu beizutragen.

**Speier**, den 7. Juni. Die Festung Landau kann sich, nach einer Mittheilung der „Ober-Post-Amtszeitung" nur noch kurze Zeit halten. Major Willig leitet die Belagerung, während Kuchenbecker (einst Messenhauser's Adjutant) die Blokade von Germersheim kommandirt.

**Speyer**, den 7. Juni. In der dieser Tage hier vorgenommenen Neuwahl des durch die provisorische Regierung abgesetzten Gemeinderaths wurden im ersten Skrutinium fast sämmtlich die alten wieder gewählt, und die wenigen neu Hinzugekommenen sind wie die alten entschieden einer rein Deutschen Richtung zugethan und erkennen nur die Frankfurter Reichsverfassung als Panier. — In den meisten Landgemeinden werden die alten Räthe wieder gewählt; nur wo es Parteien giebt, zersplittern sich die Stimmen. — Gestern Abend 7 Uhr wurde für die hiesige Mobilgarde Generalmarsch geblasen und mit ihr rückte zugleich die noch hier befindliche Kompagnie Linie aus. Wie wir später erfuhren, ist ihre Bestimmung Philippsburg, weil von der Garnison Germersheim Ausfälle ins Badische gemacht worden seien; noch sind sie nicht zurück. (Speyr. Z.)

**Karlsruhe**, den 6. Juni. (F. J.) Seit gestern Abend ist unsere Revolution in ein neues Stadium getreten. **Struve** und sein Anhang, etwa 600 Schweizer und sonstige fremde und einheimische Abenteurer, wollten die provisorische Regierung stürzen, hielten deshalb Versammlung, und beschlossen, die rothe Republik zu proklamiren, wenn ihren Forderungen auf energische Durchführung der Revolutions-Grundsätze binnen 24 Stunden nicht entsprochen würde. Nicht ohne Besorgniß verging die Nacht. Heute früh um 6 Uhr wurde die Bürgerwehr durch Generalmarsch auf ihre Sammelplätze gerufen; sie erschien zahlreich nebst den vom Lande aufgebotenen Wehrmännern und nahm mit der Artillerie eine vortheilhafte Stellung auf dem Schloßplatze. Gegen 8 Uhr erschienen plötzlich etwa 400 Schweizer und stellten sich der Bürgerwehr gegenüber, so daß man jeden Augenblick auf den Losbruch eines Straßenkampfes gefaßt sein mußte. Und die Bürgerwehr war darauf gefaßt. Alle fühlten, daß der Augenblick gekommen sei, wo man sich als Mann zeigen müsse. Jetzt wurde parlamentirt, und die Schweizer versprachen, sich aus der Stadt zu entfernen, als noch ein Bataillon des 3ten Infanterie-Regiments von Bruchsal gekommen war.

**Mittags 5 Uhr.** So eben wird wieder Generalmarsch geschlagen. Die Schweizer wollen nicht aus der Stadt. Der Oberkommandant der Bürgerwehr, **Becker**, **Struve** und ein Anführer der Schweizer wurden verhaftet. Die Bürgerwehr sammelt sich; das Militair nimmt eine Stellung; 12 Geschütze werden aufgefahren, weil die Schweizer die Straßen um die Kaserne abgesperrt haben. Endlich werden sie aus der Stadt durch das Karlsthor und mit einem Extrazug nach Heidelberg geführt. Man fürchtet, daß derartige Scenen sich noch öfter wiederholen werden, bis die gesetzliche Ordnung wieder fest begründet ist. Alle Anerkennung der würdigen, ernsten Haltung der Bürgerwehren von Stadt und Land!

**Karlsruhe**, den 8. Juni. Unsere Gegenrevolution hat vorerst mit einem Vergleich geendet. Unter der Bedingung, daß die Rothen sammt ihren Führern die Stadt verlassen, hat das Militair und die Bürgerwehr eingewilligt, die Gefangenen (Struve, Becker, Böning, Tschirner) wieder freizulassen. Dieselben sind nun sammt ihren Leuten, etwa 600 an der Zahl, lauter Fremden, nach Heidelberg abgefahren. Brentano hält Karlsruhe mit der Bürgerwehr und den ihm ergebenen Soldaten, Dragoner, Artillerie und mehreren Kompagnien Fußvolk besetzt, und so wird, wenn die erwarteten Württemburger dem Befehle der Reichsregierung augenblicklich nachkommen und Karlsruhe und Rastatt schnell mit einigen Bataillonen besetzen, unsere Revolution vielleicht ohne großes Blutvergießen ein leidliches Ende nehmen. Die Karlsruher Bürgerwehr hat sich mit großer Entschlossenheit benommen. Die Truppen sind wüthend auf die Freischärler und nur mit Mühe konnten deren Führer den Bajonetten der Soldaten entrissen werden.

Man behauptet, Brentano wolle unterhandeln, den Großherzog zurückrufen oder falls dieser es nicht wage, in seine Residenz zurückzukehren, Prinz Friedrich als Landesstatthalter einsetzen, überhaupt Alles thun, um dem Lande die Fortsetzung des Bürgerkrieges und eine feindliche Besetzung zu ersparen.

— Folgende auffallende Bekanntmachung ist hier erschienen: „Die seitherigen Mitglieder des Generalkommandos der Badischen Volkswehr: 1) Alfred Michel, 2) Heinrich Böggel, 3) Michael Fätz, 4) Friedrich Lutz, 5) Karl Rauch, 6) Bernhard Stein, 7) Peter Reichel und 8) R. Keller, welche sich entweder in das Hauptquartier nach Heidelberg oder auch nach der Rheinpfalz begeben haben, sind, wo sie betreten werden, zu verhaften und hierher einzuliefern. Karlsruhe, den 7. Juni 1849. **Die provisorische Regierung.**

**Heidelberg**, den 6. Juni. Hier in Heidelberg marschirte gestern den ganzen Tag über Volkswehr durch, so wie heute früh etwa 15,000 Mann Linientruppen. 25,000 Mann Volkswehr sind heute um Heidelberg gelagert, so wie etwa 20,000 Mann Linienmilitär, darunter 4500 Mann Kavallerie. 20,000 Gewehre

sind angekommen. „Tod oder Freiheit für die National-Beschlüsse!“ ist das Feldgeschrei.

## Oesterreich.

Wien, den 8. Juni. Unweit Pesth, so schreibt der „Ungar“ vom 1. d. M., erwischte das Volk einen Naderer (Spion) und schnitt ihm beide Ohren ab. Der Humor bei der Sache ist, meint der „Ungar,“ daß das aufgebrachte Volk ihn gerade jener Glieder beraubte, mit denen er sündigte.

Triest, den 6. Juni. Durch den gestern Abends aus den Gewässern von Ancona und Venedig hier eingetroffenen Kriegsdampfer „Trieste“ vernahmen wir, daß Ancona sich hartnäckig zu vertheidigen sucht. Die Stadt ist von unsern Truppen eng cernirt, allein sie können jetzt wegen Mangel an Belagerungsgeschütz keinen entscheidenden Schlag ausführen. Unsere Fregatte „Venere“ erhielt acht Schüsse, und wurde nach Polo bugsirt. — Durch dasselbe Dampfschiff erfahren wir auch, daß das Feuer, von St. Guiliano und der Eisenbahnbrücke aus, gegen Venedig wieder eröffnet wurde. Brondolo ist noch nicht genommen; es befinden sich daselbst siebzig Kanonen, die sehr gut bedient werden. Mehrere Pioniere waren beordert zu untersuchen, ob man nicht die Palisaden an der Brenta ausheben könnte; allein sie wurden von den Kanonieren von Brontolo bemerkt, und bis auf einen getödtet. (Lloyd.)

## Frankreich.

Paris, den 7. Juni. Der Moniteur und alle Morgenjournale enthalten die Botschaft des Präsidenten, die gestern Abend 5½ Uhr in die Hände Dupins gelangte.

Trotz der unzähligen Korrekturen füllt sie immer noch 46 Folio-Seiten oder 7 eng gedruckte Spalten im Moniteur. Alle Journale sind damit gefüllt und versprechen ihre Kritik für morgen.

— Frapoli, Gesandter der römischen Republik, läßt an der Börse anschlagen, daß die Coupons der Rothschild-Römischen Staatsschuld am 15. Juni, statt am 1. Juni c. pünktlich gezahlt werden.

Paris, den 8. Juni. Die gesetzgebende Versammlung hält heute keine Sitzung. Morgen wird sie die Loire-Wahlen vornehmen, wobei es wieder viel Skandal absetzen dürfte, denn Martin Bernard beabsichtigt den Kriegsminister zur Rede zu stellen, wegen Versetzung eines Unteroffiziers von St. Etienne nach Afrika. Henri, Feldwebel daselbst, trat nämlich dem General von Grammont gegenüber als Wahlkandidat auf und wurde nach demokratischen Korrespondenzen plötzlich, ohne alles Vergehen, den afrikanischen Diszıplinar-Kompagnieen überwiesen, während der General ruhig in St. Etienne blieb. Dies ist die Thatsache, wegen welcher Bernard den Minister zur Rede stellen wird.

— Lesseps unterhielt sich gestern lange mit Deputirten in den Nebengängen der Kammer. Keine Spur von Geistesstörung. Heute richtet er einen Brief an das Chambollesche Blatt Lordre, worin er sagt, daß seine Gesundheit vortrefflich ist und es stets war.

— Der National, eigentlich das erste Blatt, welches von einer Geisteskrankheit des Hrn. v. Lesseps gesprochen, zeigt heute an, daß Lesseps den Minister des Auswärtigen ersucht habe, ihn in die Cadres der Diplomaten außer Dienst zu setzen

Paris, den 8. Juni. Die Botschaft des Präsidenten und die Römische Angelegenheit sind heute die Hauptgegenstände der Polemik der Journale. Allgemein fällt auf, daß der offizielle Abdruck der Botschaft weder die Unterschrift Louis Bonaparte's, noch die eines verantwortlichen Ministers trägt. Nur der „Constitutionnel“ veröffentlicht dieselbe mit der Unterschrift: Gezeichnet Louis Bonaparte. Gegengezeichnet Odilon Barrot Nicht minder fällt es auf, daß in Abdrücken, die nach ganz genauen Abschriften des Originals gemacht worden sind, sich eine Stelle über die Römische Angelegenheit findet, die im amtlichen „Moniteur“ ausgelassen ist. Es heißt darin: „Dieser unerwartete Kampf (das Gefecht vom 30. April) entstellte die Frage und lähmte unsere wohlwollenden Anstrengungen, so daß aus Rücksicht für die Ehre Frankreichs die Lösung nur noch in Rom selbst stattfinden kann.“ Es wird angegeben, daß Odilon Barrot diese Stelle zuletzt selbst noch gestrichen habe. Im Allgemeinen ist man mit der sehr verhüllten und unentschiedenen Sprache über die auswärtigen Angelegenheiten und über die Ankündigung von Repreſſiv-Gesetzen nicht sehr zufrieden.

— Nettement, ein legitimistischer Deputirter hat in Verbindung mit mehreren anderen Kollegen der Rechten, den Antrag gestellt: Die Diäten der Volksvertreter von jährlich 9000 Franken auf 6000 Franken herabzusetzen. Es ergäbe dies eine Ersparniß von 2,250,000 Franken, die nach ihrer Ansicht nicht nur dem Nationalschatze zu Gute kämen, sondern auch — und hierin liegt das eigentliche Motiv des Antrags — der sozialistischen Propaganda entzogen würden. Es ist bekannt, daß die Linke nur 5 bis 10 Franken täglich verzehrt und den Ueberrest in eine Propagandakasse schießt, um Journalstrafen ꝛc. zu bezahlen.

— Trotz des, durch den Telegraphen, nach Colmar gebrachten Verbots fand dort am 3. die Volksversammlung auf dem Exercierplatze in großer Ordnung statt. Auch Soldaten betheiligten sich, der Kasernen-Consignation ungeachtet, dabei. Ein Mitglied der Pfälzischen provisorischen Regierung, Fries, hielt eine, oft von Beifall unterbrochene Rede Die Rednerbühne war mit den Fahnen Frankreichs, Deutschlands, der Schweiz, Polens, Italiens und Ungarns geschmückt. Der Antrag, Baden und die Pfalz einstweilen mit Geld zu unterstützen, ward einstimmig angenommen. Abends war ein Bankett zu Ehren des Hrn. Fries.

Paris, den 10. Juni. Gesetzgebende Versammlung. Sitzung vom 9. Juni. Präsident Dupin. Es schlägt 2½ Uhr, und kaum hundert Deputirte sind anwesend. Das Protokoll wird verlesen und vor ziemlich leeren Bänken die Vollmachten-Prüfung fortgesetzt. Die Italienische Debatte wird auf übermorgen verschoben. Die Sitzung ist um 6¼ Uhr geschlossen.

— Wie das Gerücht geht, soll Lesseps wegen seines Benehmens vor den Staatsrath gestellt werden. Er hat den Weg von Rom nach Paris in vier Tagen und drei Stunden zurückgelegt. Vom 8. Mai bis zum 7. Juni schlief er angeblich nur viermal in einem Bette. Seine Gesundheit soll aber vortrefflich und von einem Fieberzustande nichts an ihm wahrzunehmen sein. Heute heißt es in Paris, Oudinot habe Rom am 3. Juni wiederholt gestürmt, sei aber nach hartnäckiger Gegenwehr abermals zurückgeschlagen worden. Die Verluste werden auf 950 Mann auf beiden Seiten angegeben. Indessen liegt diesen Angaben nichts Offizielles zum Grunde, da das Ministerium bis Postschluß kein Wort veröffentlichte. Die letzten Postberichte aus Rom brachen mit dem 1. Juni Abends ab.

— Marschall Bugeaud soll, wie ein Gerücht sagt, heute Mittag um 1 Uhr gestorben sein. Am Vormittag hatte sich der Präsident Bonaparte an das Bett des Kranken begeben. „Gott hat über mich verfügt,“ soll der Marschall mit gebrochener Stimme zu ihm gesagt haben, „Sie haben die große Mission zu erfüllen, Frankreich zu retten. Ich hätte Ihnen gern in Erfüllung dieser Mission geholfen, doch Sie werden sie mit allen Freunden der Ordnung durchsetzen.“ Nach diesen Worten gab der Marschall einen Wink, und alle Umstehenden entfernten sich. Bonaparte erschien nach einer Weile im Vorzimmer mit nassen Augen. Niemand vernahm, was er in dieser geheimen Unterredung erfahren. Auch Passy, der Finanz-Minister, hat, sagt man, die Cholera. Viele reiche Familien eilen auf das Land. Die Zahl der Opfer wird übrigens sehr übertrieben. Erzbischof Sibour, welcher, einem gestern verbreiteten Gerüchte zufolge, auch ein Opfer der Cholera geworden sein sollte, war nur unwohl.

Straßburg, den 6. Juni. (K. Z.) Die Volks-Versammlungen zu Gunsten der Erhebung in den Nachbarländern sind einer ministeriellen Weisung zufolge streng verboten und zugleich jede Werbung von Leuten für den Kriegsdienst daselbst untersagt. Die Präfecturen verweisen bei dieser Gelegenheit auf den §. 84 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Wer durch feindliche, von der Regierung nicht gebilligte Handlungen den Staat einer Kriegserklärung aussetzt, wird mit der Verbannung, und ist der Krieg daraus erfolgt, mit der Deportation bestraft.“ — Von hier sind an die Grenzorte des Unter-Elsasses Truppen Verstärkungen abgegangen, um das mögliche Eindringen von Freischaaren zu verhüten. Die Politik der Französischen Regierung, gegenüber den in Revolution befindlichen Nachbarstaaten, ist denselben, wie Sie sehen, nicht günstig.

## Großbritanien und Irland.

London, den 7. Juni. Die Deputation, welche ernannt war, um die zu Gunsten der Irischen Staatsgefangenen abgefaßte Denkschrift dem Lord-Statthalter zu überreichen, wurde von diesem am 5. in Dublin empfangen. Der Lord-Mayor von Dublin verlas das Document, nachdem er vorher darauf aufmerksam gemacht hatte, daß dasselbe von beinahe 150,000 Personen aller Stände, Confessionen und Parteien unterzeichnet sei, welche alle den ernsten Wunsch hegten, daß das Vorrecht der Krone zu Gunsten der Verurtheilten geübt werden möge. Lord Clarendon zog darauf die folgende Antwort aus seiner Tasche und verlas sie: Mein Lordmayor und meine Herren! Von dem Augenblicke an, wo der Spruch des Gesetzes gegen die Gefangenen, zu deren Gunsten Sie mich angeredet haben, ergangen war, habe ich mich verpflichtet gefühlt, ihrer unglücklichen Lage die aufmerksamste Berücksichtigung zu widmen, so weit sich dies mit der Ausübung der mir anvertrauten Befugnisse und Vorrechte der Krone vereinigen ließ. Ich habe tiefen Schmerz über die unglückliche Lage von Männern gefühlt, die ihr Leben durch die Verletzung der Gesetze ihres Vaterlandes verwirkt haben; aber eine gebieterische Pflicht zwingt mich, den Charakter des Verbrechens zu berücksichtigen, dessen sie überwiesen sind, die vorhergehenden und begleitenden Umstände, und vor Allem die Folgen, welche aus seinem augenblicklichen Erfolge hätten hervorgehen können. Ich kann Vorgänge, die unglücklicher Weise nur zu bekannt sind, nicht übersehen: die Störung des öffentlichen Friedens, die viele Wochen dauernde Zerrüttung der Gesellschaft in einem ausgedehnten Bezirke, den bewaffneten Widerstand gegen die gesetzlichen Behörden des Königreiches, den ernsthaften Verlust von Menschenleben unter den mißleiteten Anhängern der Gefangenen, das Uebermaß der Verwüstung, welches vielen Theilen des Landes eine kurze Zeit durch ihr wildes und verzweifeltes Treiben zu drohen schien, den offen ausgesprochenen Aufstand und Hochverrath gegen Ihre Majestät und gegen ihr Recht auf die Krone und Oberhoheit Irlands. Ich weiß die Gefühle der Menschlichkeit, welche Sie zu diesem Schritte bewogen haben, vollkommen zu schätzen; aber als Erwiderung darauf kann ich Ihnen nur versichern, daß die Regierung in der Ausübung ihrer Pflicht keinen andern Wunsch hat, als in der Verwaltung der Gerechtigkeit keine größere Strenge anzuwenden, als die, welche das Wohl der Gesellschaft erheischt.

Nach Verlesung dieser Antwort zog sich die Deputation zurück. Das gegen die vier Staats-Verbrecher ausgesprochene Todes Urtheil ist in lebenslängliche Transportation umgewandelt worden.

— In der Sitzung des Unterhauses am 6 Juni ward die zweite Lesung der Bill in Bezug auf bankerotte und zahlungsunfähige Parlaments-Mitglieder mit 55 gegen 45 Stimmen beschlossen. Die dritte Lesung der Bill gegen die Bestechungen bei Parlaments-Wahlen ward gleichfalls mit 73 gegen 51 Stimmen angenommen.

London, den 8. Juni In der gestrigen Sitzung des Oberhauses ging die Bill zum Schutz der öffentlichen Mädchen durch den Ausschuß. Das Unterhaus konnte gestern, da es nicht vollzählig war (es hatten sich anfangs nur 34 Mitglieder eingefunden) keine Sitzung halten. Vorgestern wurde im Unterhause eine Bill, welche, in gewissen Fällen, statt des gerichtlichen Eides, eine einfache Versicherung zuläßt, zum zweiten Male gelesen.

— Nachdem die Cholera hier bereits aufgehört hatte, ist sie vor einigen Tagen, jedoch in milderer Form, wieder erschienen.

— Die Regierung der Republik Venezuela (Südamerika) hat am 5. April ein, von dem Congreß gegebenes Gesetz erlassen, wonach jeder Schuldner von seinen Gläubigern eine Zahlungsfrist auf 6 Jahre erhält, wenn die Mehrzahl derselben, der Zahl oder den Summen nach, damit zufrieden sind und dies gerichtlich verlautbart haben. Findet sich eine solche Mehrzahl nicht, so kann das Gericht jene Zahlungsfrist ertheilen und sie sogar auf 9 Jahre ausdehnen. Fremde Gläubiger werden dabei durch einen von dem Gerichte ernannten Ausschuß vertreten. Der Britische Handelsstand hat gegen dies Gesetz bei Lord Palmerston protestirt. — Die in Caraccas befindlichen Vertreter Frankreichs, Dänemarks und der Vereinigten Staaten haben gleichfalls protestirt. — Eine ernste Zwistigkeit, über welche Näheres noch nicht verlautete, ist zwischen Frankreich und der Republik Venezuela ausgebrochen.

## Spanien.

Madrid, den 1. Juni. Es ist die Rede von Bildung eines Zollvereins für Spanien und Portugal; eine Idee, die in beiden Ländern sehr populär ist. — Man versichert, daß unser italienisches Expeditions-Corps auf 8000 Mann gebracht werden soll, da die Nachrichten aus Catalonien duraus befriedigend lauten. Das monatliche Budget der Expedition beträgt schon jetzt ohne außerordentliche Ausgaben 1 Million Realen. In Barcellona sollen 5 Millionen Realen eingeschifft worden sein. Es heißt hier, daß die Gesandten von Oesterreich, Spanien und Neapel gegen das Austreten des Herrn v. Lesseps in Rom protestirt hätten.

## Belgien.

Brüssel, den 7. Juni. Vorgestern sandte der König seinen Adjutanten den Grafen Goblet d'Alviella, nach Namur, um im Namen Ihrer Majestäten die Großherzogin von Baden, welche dort angekommen war, zu bekomplimentiren. Abends traf Ihre Königl. Hoheit von Namur in Brüssel ein; sie wurde auf dem Eisenbahnhofe von dem Deutschen Reichsgesandten, Herrn von Drachenfels, empfangen und im Britischen Hotel, wo sie ihr Absteige-Quartier nahm, von dem Königl. Haus-Minister, Herrn van Praet, im Namen Sr. Majestät bewillkommnet.

## Rußland und Polen.

Warschau, den 9. Juni Se. Kaiserl. Hoheit der Großfürst Constantin ist gestern von Petersburg hier angekommen.

## Schweiz.

Basel, den 3. Juni. Die drei Fäßchen Geld, von denen wir gemeldet, daß sie für Rechnung eines Frankfurter Handlungshauses von Karlsruhe an ein hiesiges Handlungshaus spedirt werden sollten, allein auf Anordnung des Landes-Ausschusses mit Beschlag belegt wurden, sind am 2. d. Abends an das betreffende Haus gelangt. Die Beschlagnahme wurde einem Mißverständniß zugeschrieben. Dagegen vernehmen wir, daß zwei Koffer Privateigenthum, die von Heidelberg hieher adressirt waren, zwar angelangt sind, aber erbrochen und einer bedeutenden Summe Geld, so wie anderer Sachen von Werth beraubt. Ob diese Entwendung ebenfalls auf einem Mißverständniß beruhe, darüber werden uns die Badischen Behörden wohl bald belehren können. (Bas. Z.)

## Italien.

Rom, den 1. Juni. Eine Marseiller Correspondenz theilt Folgendes mit: Am 31. Mai ging der Waffenstillstand zwischen den Französischen und Römischen Truppen zu Ende. Der General Oudinot rückte vor und bemächtigte sich des Monte-Mario, ohne irgend Widerstand zu finden. Von dieser Stellung aus beherrscht er die Stadt und war nur noch einen Büchsenschuß von den Befestigungen entfernt. In diesem Augenblicke unterzeichnete Hr. v. Lesseps einen definitiven Vertrag mit den Triumvirn, welcher festsetzte, daß die Französische Armee ihre alten Stellungen behalten und einige neue für die Gesundheit weniger schädliche Punkte einnehmen könnte, nicht aber in Rom selbst einziehen dürfte. Hr. v. Lesseps brachte diese Mittheilung dem General. Dieser behandelte den Diplomaten jedoch sehr unsanft. Er berief seine Generale zu sich, welche sich in einem Kriegsrath sämmtlich gegen den Vertrag aussprachen. Hr. v. Lesseps wurde buchstäblich aus der Thür geworfen. Der Diplomat entfernte sich wüthend, mit der Absicht, sich sofort nach Frankreich zu begeben. Doch schon in Civita-Vecchia fand er zwei Depeschen, deren eine seine Verhandlungen verwarf und ihn nach Frankreich zurückrief, während die andere die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten befahl. Oudinot säumte nicht, diesem Befehle nachzukommen. Die Vorbereitungen zum Angriff wurden gemacht. Die Soldaten sind voller Freude, weil sie lieber auf dem Schlachtfelde, als in den Hospitälern sterben wollen. Dieses geschah am 1. Juni. Mazzini hat an die Römische National-Versammlung eine Botschaft gerichtet, des Inhalts, daß die Italienische Frage nicht im Lager des Generals Oudinot, sondern in Paris entschieden werde.

— Durch Verfügung des Triumvirats, vom 29sten v. M., wird zum Kampfe für Italiens Unabhängigkeit im Römischen Staate eine Polen-Legion von wenigstens 2000 Mann, welche sich auf ein Jahr verflichten, gebildet. Die Legion wählt ihre Führer, wird in Polnischer Sprache kommandirt, trägt das Poln. Banner mit der Ital dreifarbigen Schärpe. In der Begründung zu jener Verfügung heißt es, daß Polen durch Leiden, Opfer und Hoffnungen Italiens Schwester und allen Nationen heilig sei.

Venedig, den 30. Mai. Das von unsern wackeren Truppen wiederbesetzte Fort Malghera wurde auf Napoleons Befehl im J. 1807 angelegt. Aus Besorgniß, die Brücke über die Lagune könnte zu einer Geschützposition gegen die Stadt benützt werden, hat die Venetianische Regierung, nachdem sie schon früher die der Stadt am nächsten liegenden fünf Bögen abtragen ließ, acht andere in die Luft sprengen lassen. Dieser vandalische und das Eigenthum so vieler Privatpersonen zerstörende Act wird von der großen Masse der Bevölkerung sehr getadelt, um so mehr, als dadurch der Stadt kein reeller Vortheil erwachsen wird. Zur Vertheidigung der Brückengegend werden hundert, je mit 4 Kanonen bewaffnete Schalup-

pen in den Lagunen aufgestellt, deren einige sogar Paixhans-Geschütze haben. — General Pepe liegt noch immer am Fieber krank darnieder. Als die Venetianer am 27. Vormittags 10 Uhr die Minen an den Brückenpfeilern anzündeten, und sich dann in die Forts Manin und S. Secondo zurückzogen, war die darauf erfolgte Explosion so heftig, daß die Erschütterung sogar in Padua wahrgenommen wurde.

## Persien.

Der Morning Herald bringt einen Auszug aus einer Korrespondenz von Malta vom 29. Mai, worin es heißt: Der Französische Botschafter zu Teheran, Herr Sartiges, hatte im Geheim vom vorigen Schach einige dem Französischen Handel vortheilhafte Bedingungen erlangt; da der jetzige Schach dieselben nicht unterzeichnen will, so soll eine Abtheilung des Französischen Geschwaders in den Persischen Meerbusen einlaufen und einige Küstenstädte bombardiren.

## Locales 2c.

†* Bromberg, den 11. Juni. Die vereinigten Musikchöre des 4. und 21. Infanterie- und des 3. Dragonerregiments haben am verflossenenen Sonnabend ein großartiges Tripel-Concert zum Besten der in Dresden verwundeten Sachsen gegeben. Die Unternehmer wollen den Deutschen Brüdern im Königreiche Sachsen dadurch ihre Dankbarkeit für die freundliche Aufnahme unserer Truppen und für die gute Verpflegung unserer Verwundeten abstatten, — und diese Idee verdient gewiß alle Anerkennung, da sie nur dazu beitragen kann, die Bruderstämme der Preußen und Sachsen fester aneinander anzuknüpfen. Die Einnahme betrug trotz des ziemlich ungünstigen Wetters bei einem Preise von 5 Sgr. à Person über 200 Thaler, was einen glänzenden Beweis liefern dürfte, daß bei uns ächt Deutscher Brudersinn herrscht. Allerdings haben einzelne Wohlhabende beim Entrée bis zu 3 Thaler gegeben.

Der hier am 18. und 19. dieses Monats abzuhaltende Wollmarkt bringt einiges Leben in unseren Verkehr, indem schon jetzt täglich bedeutende Sendungen Wolle eintreffen, die jedoch auch schon meistens verkauft sind und nur nach Berlin und Posen weiter befördert, oder doch sogleich verkauft werden. Man hofft auf gute Preise, da man Nachrichten hat, daß einige Englische Häuser große Quantitäten zu kaufen Willens sind. Auch der Getreidehandel wird etwas lebhafter, indem die Russischen Truppenbewegungen bis hierher einigen Einfluß üben. —

Unser Deputirte Eckert, der schon gestern von Frankfurt a. M. hierher zurückerwartet wurde, ist noch nicht eingetroffen. Wahrscheinlich hat ihn der Ruf Gagerns nach Gotha auf seiner Herreise ereilt, und er ist demselben gefolgt. So viel läßt sich wenigstens annehmen, daß er, Falls er hier auch ankommen sollte, dieser Einladung, die hierher an ihn ergangen ist, Folge leisten wird.

## Das neue Wahlgesetz.

Die „populäre Betrachtung" über das neue Wahlgesetz in No. 134. dieser Zeitung verdient eine nähere Besprechung, weil sie ebenso wichtige wie an sich nicht zweifellose Fragen zur Sprache bringt, über welche eine gründliche Verständigung dringend noth thut.

Wollen wir auch dem Verfasser jenes Aufsatzes gern zugestehen, daß er die Hauptgesichtspunkte, auf welche es ankommt, in das rechte Licht gestellt hat, so können wir ihm doch darin nicht beipflichten, daß zur Durchführung des Gesetzes an Orten, die aus mehreren Urwahlbezirken bestehen, „nichts übrig bleibe, als die einzelnen Urwahlbezirke blos ideell abzugrenzen", und daß eine „lokale" Abgrenzung unstatthaft sei.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes (§. 10.) und des Reglements (§. 4.) soll allerdings in Gemeinden, welche für sich einen Urwahlbezirk bilden oder aus mehreren Urwahlbezirken bestehen, „eine allgemeine Abtheilungs-Liste für die ganze Gemeinde" angefertigt werden, in welcher die Gesammtheit der Einwohnerschaft nach den drei Stufen ihrer Steuer-Verhältnisse abgeschätzt werden sollen, so wie im Ganzen diese Stufen sich stellen. Aus dieser Liste soll dann für jeden Urwahlbezirk ein Auszug gemacht werden.

Hiernach ist so viel unwidersprechlich gewiß, daß auch in der Stadt Posen die Gesammtheit der circa 8000 Urwähler in einer allgemeinen Liste in drei Klassen, so wie ihre Steuer-Verhältnisse sich gegenseitig stellen, abgeschätzt werden müssen, und daß, falls diese Procedur auch nur irgend einen Sinn haben soll, bei der Eintheilung der Wähler in Urwahlbezirke resp. bei Anfertigung der „Auszüge" jeder Urwähler diejenige Stelle in der Special-Liste behalten muß, die er in der General-Liste einnimmt.

Es wäre also schlechthin und schnurstracks gegen das Gesetz, wie gegen das Reglement, wenn man, wie einige der Meinung sein sollen, bei der Steuerabschätzung in solchen Orten jeden Urwahlbezirk selbstständig behandeln, und die Urwähler dieses Bezirks nur so abschätzen wollte, wie sich die Steuerverhältnisse derselben unter einander stellen. Denn das Gesetz wie das Reglement verlangt ausdrücklich für solche Orte die Anlegung der Abtheilungsliste gemeindeweise im Gegensatz der in anderen Orten zur Anwendung kommenden bezirksweisen Abschätzung.

Werden nun die Urwahlbezirke z. B. in Posen lokal abgegrenzt, so würden diejenigen, die in der General-Liste in der I. Abtheilung stehen und in diesem Bezirk wohnen, die I. Abtheilung des Urwahlbezirks bilden, ohne Rücksicht auf ihre Zahl und das Verhältniß der Steuer zu denen, die nach der General-Liste in die II. und III. Abtheilung gehören. Auf diese Weise ist nun allerdings der Fall denkbar — obschon an sich unwahrscheinlich, und deshalb scheint auch das Gesetz diesen Fall nicht besonders vorausgesehen zu haben — daß einzelne Urwählerbezirke sich finden könnten, in welchen keiner wohnt, der nach der General-Liste in die I. Abtheilung gehört. Daraus würde aber weiter nichts folgen, als daß in diesem Bezirk die I. Abtheilung gar nicht wählt. Denn wäre auch nur einer dieser Steuerstufe in dem Urwahlbezirk wohnhaft, so würde er allein das Wahlrecht dieser Abtheilung haben. Wie aber, fragt man, verhält sich dies zum Gesetz, das überall von der Ansicht auszugehen scheint, daß in allen Urwahlbezirken drei Abtheilungen wählen?

Gesetzt es wären in Posen 162 Wahlmänner zu wählen, so wählen diejenigen, welche nach der Generalliste die erste Abtheilung bilden, überhaupt 54 Wahlmänner. Diese werden unter die 27 zu bildenden Urwahlbezirke vertheilt, so daß, wenn in jedem auch nur einer oder einige derersten Abtheilung sich fänden, 2 Wahlmänner für die erste Abtheilung zu wählen wären. Wohnt aber in einem Urwahlbezirke keiner aus der ersten Abtheilung, so müssen die dadurch ausfallenden 2 Wahlmänner von andern Bezirken zu wählen sein, wobei man diejenigen nehmen könnte, welche die meisten Mitglieder der ersten Abtheilung enthalten. Dies steht völlig im Einklang mit dem Gesetz, da dasselbe im §. 14 ausdrücklich nur will, daß „jede Abtheilung ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner wählt" und folglich, wenn einmal die Abtheilungsliste gemeindeweise angelegt werden soll, auch dafür Garantie sein muß, daß die erste Abtheilung der ganzen Stadt ein Drittheil aller Wahlmänner der Stadt wählt. So kann also diese Bestimmung des Gesetzes zu ihrem Recht kommen, ohne daß die lokale Abgrenzung aufgegeben werden dürfte, die immer der ideellen resp. willkührlichen vorzuziehen bleibt.

## Markt-Bericht.

Berlin, den 11. Juni.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 56—62 Rtlr. Roggen loco und schwimmend 25 à 27 Rthlr., pr. Juni/Juli 25 a $21\frac{3}{4}$ Rtblr. verk., 25 Br., Juli/Aug. $25\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $25\frac{1}{2}$ G., Septb./Okt. 27 a $27\frac{1}{4}$ Rthlr. bez., $27\frac{1}{4}$ Br. u. G. Gerste, große loco 21 — 23 Rthlr., kleine 18 bis 20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15 — 17 Rthlr. Erbsen, Kochwaare 27 — 28 Rthlr., Futterwaare 25 — 26 Rthlr. Rüböl loco $12\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{3}$ G, pr. Juni $12\frac{5}{12}$ Rthlr. bez. u. Br., Juni/Juli $12\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{3}$ G., Juli/Aug. $12\frac{3}{8}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{3}$ bez., $12\frac{1}{4}$ G., August/Septbr. do., September./Okt. $12\frac{1}{3}$ Rthlr. bez. u. Br., $12\frac{1}{4}$ G., Okt./Nov. $12\frac{1}{2}$ a $12\frac{7}{24}$ Rthlr. verk. u. Br., $\frac{1}{4}$ G. Leinöl loco 10 Rthlr. Br., $9\frac{5}{6}$ G., pr Lieferung do. Mohnöl $18\frac{1}{2}$ a 18 Rthlr., Hanföl 13 a $12\frac{1}{2}$ Rthlr., Palmöl $13\frac{3}{4}$ a $13\frac{1}{4}$ Rthlr., Südsee-Thran 11 Rthlr., pr. Aug./Sept. $10\frac{1}{4}$ Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß $16\frac{1}{4}$ Rthlr. verk., pro Juni/Juli 16 Rthlr. Br., $15\frac{5}{8}$ a $15\frac{7}{8}$ bez., Juli/August $16\frac{1}{4}$ Rthlr. bez. u. Br., Aug. $16\frac{1}{2}$ bez., Aug./Sept. $16\frac{5}{8}$ Rthlr. Br., $16\frac{1}{2}$ G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

### Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 14. Juni. Siebente Gastdarstellung der Frau Pecci-Ambrogio und des Herrn Ambrogio: Lucia von Lammermoor; große Oper in 3 Aufzügen von Cammerano, Musik von Donizetti.

# Deutsche Reform.

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement auf diese täglich Zweimal erscheinende Zeitung, deren Abendblatt bereits mit den um $4\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags von hier abgehenden Dampf-Wagen-Zügen befördert wird. Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen an. Der Preis beträgt für ganz Preußen 2 Rthlr. incl. Porto. Berlin im Juni 1849.

### Ferdinand Hirt's Verlag in Breslau

**Mit Bezug auf die neue Organisation der Gerichtsbehörden**

erschien so eben im Verlage des Unterzeichneten die nachstehende, für

**Justizbeamte und Geschäftsmänner**

gleich beachtenswerthe Schrift:

Das

# Prozeß-Verfahren

nach den Verordnungen vom 1. Juni 1833 und 21. Juli 1846, unter Berücksichtigung der Anweisungen und Erläuterungen der Justiz-Ministerial-Instruktion vom 24. Juli 1833 und aller seitdem ergangenen, abändernden und ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen.

Zusammengestellt von

**M. Delius,**

Landgerichts-Direktor.

8. Geh. Preis 10 Sgr.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Ferdinand Hirt's Buchhandlung,
Breslau, Naschmarkt No. 47.

### Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Artillerie-Depot sollen 200 Stück leere Gewehrkisten nach Berlin gesandt werden, und werden demnach Frachtunternehmer, welche die nöthige Garantie leisten können, hierdurch aufgefordert, ihre desfallsigen Preise bis zum 20sten d. Mts. dem Artillerie-Depot einzureichen, wobei nur noch bemerkt wird, daß die Kisten durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ Centner schwer sind und auf dem Transport nicht mit andern Objecten angefüllt oder beschwert werden dürfen, auch von dem Unternehmer die Kosten für diese Inseration getragen werden müssen.

Posen, den 12. Juni 1849.

Königl. Artillerie-Depot.

### Aufruf.

Das Fest der Freiwilligen von 1813, 14 und 15 wird von dem hiesigen Detachement am künftigen Montag den 18ten Juni c. Mittags 2 Uhr in dem hiesigen Logengarten gefeiert werden.

Diejenigen Kameraden, welche bei dem hiesigen Detachement noch nicht angemeldet sind und am Feste Theil zu nehmen wünschen, wollen sich bis spätestens den 17ten d. bei dem Major Rother gefälligst melden.

Posen, den 13. Juni 1849.

Der Stab des Posener Detachements.

Ein Oekonom, vorzüglich im Rechnungsfache gewandt, der Deutschen, Polnischen, auch Französischen Sprache mächtig, mit Branntweinbrennerei und Zuckerfabrikation bekannt, der dreizehn Jahre bei derselben Herrschaft war, sucht ein anderweites Unterkommen, wo möglich in einer größern Gutsverwaltung. Nähere Auskunft am Wilda-Thore im Gebhardschen Hause.

Zwei junge Mädchen aus einer gebildeten bürgerlichen Familie wünschen in anständigen Häusern auf dem Lande oder in der Stadt ein Unterkommen als Gesellschafterinnen zur Unterstützung der Hausfrau oder zur Beaufsichtigung und Erziehung kleiner Kinder. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen der Consistorial-Rath Dr. Siedler in Posen.

Dem hohen Adel und hochgeehrten Publikum, welche Commissaire, Administratoren, Förster, Secretaire, Gouverneure, Oekonomen, Schreiber, Köche, Bierbrauer, Gärtner, Hausverwalter zum Dienst gebrauchen, welche mit Attesten, Recommandationen versehen sind, und zum Theil Kaution leisten können und untergebracht zu werden wünschen, empfehle mich bestens mit deren Unterbringung.

W. Fuers,
Commissionair, Neuestraße No. 4.

**Direkte Sendungen** und **persönlich gemachte Einkäufe** setzen mich in den Stand, **das Neueste und Geschmackvollste** für die jetzige Jahreszeit in **Jaconnets, Battisten, Mousselines, Barège, Mousselines de laine, Mantillen, Mantillets** und **Visites** einem geehrten Publikum **in sehr reicher Auswahl** zu bieten, und lade ich zur gefäll. Ansicht ergebenst ein.

Posen, den 13. Juni 1849.

**Meyer Falk,**
Wilhelmsstr. No. 8.

Wegen Auflösung meines hiesigen Pachtverhältnisses werde ich mein lebendes und todtes Wirthschafts-, so wie Brenn- und Brauerei-Inventarium in den Tagen vom 21sten bis 23sten d. Mts. an den Meistbietenden gegen baare Zahlung in Preuß. Courant verkaufen.

Amt Jerka bei Kriewen, den 11. Juni 1849.

Boldt.

**Heilsame Erfindung.**
Hümmert's

**Pollution-Verhütungs-Instrument mit Suspensorium,**

welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbeizuführen, durchaus keine Pollution zulässt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätigt und durch Zeugnisse der berühmtesten Aerzte, als von Hrn Prof. Dr. Braune, Herrn Prof Dr. Carus, Herrn Prof. Dr. Cerutti zu Leipzig, Herrn geh. Med.-Rath Dr. v. Blödau zu Sondershausen und vielen andern dargethan, weshalb ich mich jeder weitern Empfehlung enthalte. Gegen portofreie Einsendung des Betrags erhält man Instrument nebst Gebrauchs-Anweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 Instrument in feinem Neusilber 4 Thlr. Pr. Cour.
1 - - - Messing 3 Thlr. -
1 - - - Holz 2 - -

Bleicherode bei Nordhausen.

K. Frankenheim.

Französische Jaconnets, Mousselines de laines, Parisiennes wie andere Kleiderstoffe sind in neuestem Geschmack und reichhaltiger Auswahl

Markt No. 99. 1ste Etage.

**Verpachtung einer Bäckerei in Posen.**

In dem Hause Fischerei No. 17/85. ist eine gut eingerichtete Bäckerei, sowohl für Weiß- als Brodbäcker geeignet, nebst Wohnung und Zubehör, sofort, oder zum 1sten Juli d. J., zu verpachten.

M. W. Schmedicke.

So eben erhielten wir
ächt Engl. Porter, double brown Burton-Ale.

Posen, den 13. Juni 1849.

Gebr. Vassalli, Friedrichsstraße.

Ein neuer moderner Landauer Reise-Wagen und ein Plauwagen steht zu verkaufen in der Malzmühle, Sapieha-Platz No. 7. beim Schmiedemeister Ericht.

### Beachtungswerth.

Das Commissionslager von ächt leinenen Waaren empfiehlt aufs neue assortirt zu billigen Fabrikpreisen

**Eduard Vogt,**
Wilhelmsstraße No. 21.

**Neue Matjes-Heringe**
Sapieha-Platz No. 7. in der Malzmühle.

Gestern Nachmittag ist auf dem Wege von der Königl. Bank-Commandite nach der Büttelstraße

1 Lombard-Pfandschein Nro. 657. dedato den 13ten September 1848, von der hiesigen Königl. Bank-Commandite auf M. S. Wollenberg ausgestellt,

verloren gegangen.

Der Finder, für den derselbe ohnehin werthlos ist, erhält dagegen Büttelstraße No. 23. in der Lederhandlung eine angemessene Belohnung.

Posen, den 12. Juni 1849.



Die auf dem Fischmarkte aufgestellte **Löwen-Menagerie,** so wie auch das große anatomische **Museum,** ist von Morgens bis Abends zu sehen.

Es finden täglich 2 Fütterungen und Abrichtungen der Raubthiere statt; die erste um 4 Uhr, die zweite um 7 Uhr.

A. Preuscher, Thierbändiger.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 3. bis 9. Juni

| Tag. | Thermometerstand tiefster | Thermometerstand höchster | Barometerstand. | Wind. |
|---|---|---|---|---|
| 3 Juni | + 9,2° | + 23,7° | 27 Z. 11,8 L. | NW. |
| 4. „ | + 11,4° | + 22,5° | 28 „ 1,0 „ | NO. |
| 5. „ | + 11,0° | + 22,7° | 27 „ 11,9 „ | O. |
| 6. „ | + 14,0° | + 26,0° | 27 „ 9,2 „ | SO. |
| 7. „ | + 12,0° | + 17,7° | 27 „ 10,0 „ | NW. |
| 8. „ | + 7,5° | + 17,5° | 27 „ 9,0 „ | NW. |
| 9. „ | + 9,0° | + 12,2° | 27 „ 6,3 „ | NW. |